

# Väter der Sozialen Marktwirtschaft

von Dr. Josef Schlarmann



Ludwig Erhard hat sich nie als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ feiern lassen. Als Wirtschaftsminister sah er seine Aufgabe darin, für die Soziale Marktwirtschaft zu werben und sie politisch umzusetzen. Der wirtschaftliche Aufschwung war für ihn das natürliche Ergebnis einer Politik, die sich an den Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung orientierte.

Vordenker einer solchen Wirtschaftspolitik waren liberal-konservative Wissenschaftler, die sich in Abkehr von dem kollektiven Zeitgeist der Weimarer Republik und der Nazi-Diktatur mit den Voraussetzungen einer „Verfassung der Freiheit“ beschäftigt hatten. Hierzu gehörten Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und viele andere, die Ludwig Erhard publizistisch und politisch unterstützten. Das historische Verdienst von Ludwig Erhard liegt darin, sich politisch an diesen liberalen Grundsätzen orientiert und die Voraussetzungen für die Soziale Marktwirtschaft geschaffen zu haben.

## I.

Als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, war Deutschland nicht nur physisch und moralisch, sondern auch wirtschaftlich ruiniert. Die inflationierte Reichsmark hatte als Währung ausgedient. Mit Hamstern und auf Schwarzmärkten musste sich die Bevölkerung die für das Leben notwendigen Dinge besorgen. Die Behörden lenkten mit einem ausgeklügelten Bewirtschaftungssystem den Bezug und die Preise von Waren und Dienstleistungen. Viele Menschen, vor allem Flüchtlinge und Vertriebene, befanden sich in existenzieller Not. Und zudem stritten sich die Politiker über den einschlagenden Weg aus der Misere. Auch viele in der CDU glaubten damals, dass die Probleme nur „mit Sozialismus und gelenkter Planwirtschaft“ zu lösen seien.

Es war ein Glücksfall für Deutschland, dass in dieser Zeit zwei liberal-konservative Politiker, Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, die Regierungsverantwortung übernahmen. Sie stellten die Weichen in Richtung Soziale Marktwirtschaft und schufen die dafür erforderlichen Voraussetzungen.

Als erstes wurde im Juni 1948 die wertlose Reichsmark durch die neue D-Mark ersetzt. Um das Geld knapp zu halten, gab es zunächst für jeden Bürger nur 40,00 neue D-Mark. Bankkonten in Reichsmark wurden im Verhältnis 100 Reichsmark zu 6,50 DM eingetauscht. So wurden 93,5% des alten Reichsmarkvolumens aus dem Verkehr gezogen – der schärfste Währungsschnitt in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Eine von der Politik unabhängige Notenbank sollte über die Stabilität der neuen Währung wachen.

Zeitgleich mit der Währungsreform verkündete Ludwig Erhard eigenmächtig und öffentlich eine weitgehende Aufhebung der Warenbewirtschaftung und Preisbindung. Ihm war klar, dass mit der Reform des Geldwesens die Märkte freigegeben werden mussten, damit die Güterproduktion wieder in Gang kam. Rechtliche Grundlage für seine Entscheidung war das sogenannte Leitsatzgesetz mit der Ermächtigung, alle einschlägigen Maßnahmen zum Abbau der Bewirtschaftung und der Preisbindung zu treffen. Ludwig Erhard ging mit seiner Ankündigung aber weit über das hinaus, was die Militärbehörden zulassen wollten. Er hat dies mit voller Absicht getan. Über Nacht kehrten dann auch die Waren in die Schaufenster zurück, und die bis dahin gefesselte Güterproduktion begann wieder zu laufen.

Vor diesem Hintergrund konnte auch die Lösung der ungeheuren sozialen Probleme in Angriff genommen werden. Dabei ging es zunächst um den Vermögensausgleich zwischen den durch Vertreibung, Flucht und Währungsreform Geschädigten und denjenigen, die ihren Besitz ganz oder überwiegend behalten hatten. Dieser Ausgleich wurde mit dem Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 geregelt. Danach hatten alle Vermögensbesitzer – verteilt über 30 Jahre – eine Abgabe auf 50% ihres Vermögens in einen Ausgleichsfonds zu zahlen, aus dem die Entschädigungen geleistet wurden. In der deutschen Sozialgeschichte gibt es keine vergleichbare Reform.

Von Alfred Müller-Armack stammt die Formel, dass „das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft darin besteht, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. In diesem Sinne hat die Regierung Adenauer / Erhard mit der Währungsreform und der Aufhebung der Bewirtschaftung sowie dem Lastenausgleich wesentliche Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland geschaffen.

## II.

Die historische Leistung der Väter der Sozialen Marktwirtschaft erschließt sich erst, wenn man sie vor dem Hintergrund der Politik und des Zeitgeistes in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts betrachtet:

Der politische Liberalismus befand sich seit Ende des 19. Jahrhunderts in einer tiefen Krise und spielte praktisch keine Rolle mehr. Er wurde verantwortlich gemacht für die wirtschaftliche Machtkonzentration in großen Kapitalgesellschaften und Konzernen mit zum Teil verheerenden Folgen für die mittelständische Wirtschaft. Außerdem konnte der politische Liberalismus keine gültigen Antworten auf die mit der Industrialisierung verbundenen sozialen Folgen, insbesondere die Verelendung der Arbeiterschaft, geben. Er wurde deshalb weitgehend von staatsorientierten und kollektiven Ideologien verdrängt, zunächst durch den Sozialismus von links und später vom Faschismus von rechts. Ralf Dahrendorf hat diesen Vorgang zutreffend beschrieben: „Der Faschismus lockt mit Bindung und Führung. Der Kommunismus lockt mit Bindung und Hoffnung“.



Dieser „Versuchung der Unfreiheit“ erlagen in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch überraschend viele Intellektuelle und Bürgerliche. Jeder, der etwas auf sich hielt, dachte entweder links oder rechts. Den Liberalismus und seine angeblichen Hintermänner machte man für alles Mögliche verantwortlich, für den ersten Weltkrieg, die Hyperinflation und die Wirtschaftskrise. Zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme setzte man auf autoritäre Staatsinterventionen, Kartelle und Zwangskollektive. Marktwirtschaftliche Lösungsvorschläge waren verpönt, liberale Denker und Politiker Außenseiter.

Und doch gab es in der westlichen Welt liberale Stimmen, die untereinander Kontakt hielten. Ende August 1938 traf sich eine solche Gruppe liberaler Ökonomen, Philosophen und Publizisten zu einem Kolloquium in Paris, um über die Zukunft des Liberalismus als Garant für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung zu sprechen. Bei diesem Treffen befasste man sich vor allem mit den Aufgaben des Staates und der Beschränkung seiner Macht. Die Teilnehmer waren sich schnell einig, dass der sogenannte „Laissez-faire“ – Liberalismus des 19. Jahrhunderts für eine freiheitliche Ordnung gefährlich war, weil er die Entstehung wirtschaftlicher Macht zugelassen hatte. Wollte man dies in Zukunft verhindern, durfte sich der Staat nicht auf die völlige Selbstregulierung der Wirtschaft verlassen, sondern musste die Spielregeln festlegen und den Wettbewerb sichern. Der Staat musste schlank, aber stark genug sein, um sich gegenüber den Interessengruppen durchzusetzen. Man einigte sich darauf, diese neue Denkschule „Neoliberalismus“ zu nennen.

Unter den deutschen Teilnehmern dieses Kolloquiums befand sich Alexander Rüstow, ein Mann mit Blick über den ökonomischen Tellerrand hinaus. Unter dem Eindruck der Weimarer Republik war er zu dem Ergebnis gekommen, dass der Staat nur durch Beschränkung auf seine Kernaufgaben dem Gemeinwohl dienen könne. Schwach war der Staat – wie der heutige auch –, weil er sich für allzuständig hielt und so zur Beute von Interessengruppen wurde.

Zu den wichtigsten Dokumenten des Neoliberalismus gehört der Vortrag „Freie Wirtschaft, starker Staat“, den Alexander Rüstow im September 1932 auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden hielt. Dort erklärte er zum Entsetzen der Kathedersozialisten, dass „die deutsche Krise zu einem erheblichen Teil durch Interventionismus und Subventionismus der öffentlichen Hand verursacht“ war. Im Jahre 1932 regierte in Berlin ein Präsidialkabinett, das mit autoritären Notstandsverordnungen massiv in die Wirtschaft intervenierte. Die Rede von Rüstow führte deshalb zu einem öffentlichen Eklat. Alexander Rüstow bekam zwar in der Versammlung des Vereins Applaus, nach der Machtergreifung durch die Nazis musste er aber auswandern.

Ein weiterer Teilnehmer aus Deutschland war Wilhelm Röpke, ebenfalls ein konsequenter Gegner des Nationalsozialismus. Bereits 1930 hatte er öffentlich gewarnt: „Niemand, der am 14. September nationalsozialistisch wählt, soll später sagen können, er habe nicht gewusst, was daraus entstehen könnte. Er soll wissen, dass er

Chaos statt Ordnung, Zerstörung statt Aufbau wählt. Er soll wissen, dass er für den Krieg nach innen und nach außen für sinnlose Zerstörung stimmt.“ Nach der Machtergreifung durch die Nazis ging Wilhelm Röpke ebenfalls ins Ausland.

Im Mittelpunkt des Denkens von Wilhelm Röpke stand die Würde des Menschen, die er nur in einer freien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gewahrt sah. Freiheit war für ihn aber ohne Bindung nicht denkbar. „Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin der Einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für alle diejenigen, die dabei zertrampelt oder verklavt werden.“ In seinem 1958 erschienenen Hauptwerk „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ zog er daraus den Schluss, dass die Marktwirtschaft nur in einer bürgerlichen Gesamtordnung und in deren Schutz existieren kann. Dies bedeutet, dass sie eine Gesellschaft voraussetzt, in der bestimmte grundlegende Dinge respektiert werden, wozu er Leistungsbereitschaft und Selbstdisziplin, Ehrlichkeit und Fairness sowie Maßhalten und Gemeinsinn rechnet. Die Marktwirtschaft lebt also von Voraussetzungen, die die Gesellschaft schaffen und liefern muss.

Aus dieser Grundeinstellung erklärt sich auch die scharfe Ablehnung des Wohlfahrtsstaates durch Wilhelm Röpke. Selbstverständlich sah er eine wichtige Staatsaufgabe darin, den Armen und Schwachen zu helfen, aber der Zweck des Sozialstaates konnte nicht darin bestehen, durch Steuern und Abgaben ein Zwangssystem mit Vollversorgung und allumfassender Sicherheit zu errichten. „Das Verlangen nach Sicherheit, an sich natürlich und legitim, kann zu einer Besessenheit werden, für welche die Menschen, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, schließlich den Preis der Freiheit und Menschenwürde zahlen müssen. Am Ende wird offenbar, dass, wer bereit ist, diesen Preis zu zahlen, weder Freiheit und Menschenwürde noch Sicherheit hat, weil es Sicherheit nur in Freiheit und im Schutz vor Willkür gibt.“

### III.

Zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des Neoliberalismus gehört Walter Eucken, Gründer und Haupt der sogenannten Freiburger Schule, in der wesentliche Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft erarbeitet worden sind. Kennzeichnend für diese Schule ist „das Denken in Ordnungen“, weshalb sie auch als Ordo-Liberalismus bezeichnet wird. Die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sah Eucken darin, der „Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Dauerordnung zu geben“. Eine solche Ordnung stellt sich nicht von selbst ein, sondern ist ein Kulturwerk, das geschaffen und bewahrt werden muss. Dies ist die Aufgabe der Ordnungspolitik.

Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen sieht der Ordo-Liberalismus die Freiheit und Würde des Menschen von zwei Seiten her bedroht, einmal von privater wirtschaftlicher Macht in Form von Großunternehmen, Konzernen sowie Kartellen und zum anderen durch die Ausdehnung staatlicher Aufgaben und Machtbefugnisse. Während sich der klassische Liberalismus mit den Aufgaben des Staates und vor allem mit der Beschränkung



seiner Macht befasste, geht es den Ordo-Liberalen auch um den Schutz des Einzelnen vor der Willkür bei Ausübung wirtschaftlicher Macht. Diesen Schutz kann nicht der Staat, sondern nur der Wettbewerb bieten. Auf Märkten mit vielen Anbietern und Nachfragern gibt es keine Macht, sondern Wettbewerb, der Wahlmöglichkeiten bietet und damit die Freiheit sichert. Zu den wichtigsten ordnungspolitischen Aufgaben des Staates gehört es deshalb, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen und für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu sorgen.

Ebenso eindeutig wie zur wirtschaftlichen Macht hat sich die Freiburger Schule zur staatlichen Macht positioniert. Walter Eucken kannte die desaströsen Folgen einer interventionistischen Wirtschaftspolitik aus der Weimarer Republik. Die fortwährenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaftsabläufe – durch Steuern und Abgaben, Subventionen, Konjunktursteuerung und Geldschöpfung – lösten eine Interventionsspirale aus, die längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich machte. Walter Eucken hat daraus den folgenden staatspolitischen Grundsatz abgeleitet:

*„Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltungsform der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“*

Selbstverständlich hat Walter Eucken damit unterstützende und regulierende Eingriffe des Staates nicht ausgeschlossen, wenn der Marktmechanismus versagt oder gestört ist. Beispiele dafür sah er im Schutz der Umwelt, bei wirtschaftlichen Strukturveränderungen oder in Korrekturen der Einkommensverteilung. Alle staatlichen Maßnahmen müssen sich aber am Kriterium der Marktkonformität messen lassen. Ordnungspolitisch unbedenklich sind nur solche Interventionen, die die Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich als neue Daten einordnen lassen. Nicht konform sind Maßnahmen, welche die Preismechanik lahmlegen und daher durch planwirtschaftliche Ordnungen ersetzt werden müssen (z. B. Devisenbewirtschaftung statt Abwertung).

Die Glaubwürdigkeit der Freiburger Schule beruht insbesondere darauf, dass sie nicht nur die Gefahren des Staatsinterventionismus sah, sondern sich in der Nazizeit auch vehement gegen Gleichschaltung, Führerprinzip und Terror wehrte. Mit Blick auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg sind unter der Verantwortung von Walter Eucken, Constantin von Dietze und Adolf Lampe weitsichtige Grundsatzentwürfe für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erarbeitet worden, unter anderem – bemerkenswerterweise – auch für den Bonhoeffer-Kreis. Als diese Papiere nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in die Hände der Gestapo fielen, gerieten die Mitglieder dieses Widerstandskreises in akute Lebensgefahr. Walter Eucken z.B. wurde mehrfach einem „schweren“ Verhör unterzogen. Andere blieben bis zum Kriegsende in Haft und entgingen nur knapp dem Tode.

Walter Eucken hat für eine marktwirtschaftliche Ordnung die folgenden konstituierenden Prinzipien benannt:

- Güter und Dienstleistungsmärkte, die offen sind und auf denen Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Auf diesen Märkten muss sowohl auf der Angebots- und als auch auf der Nachfrageseite Wettbewerb herrschen.
- Eine private Rechtsordnung, die insbesondere die Vertragsfreiheit sowie privates Eigentum und die unternehmerische Betätigungsfreiheit respektiert und schützt.
- Die Wirtschaftsteilnehmer müssen für ihre Handlungen persönlich haften. In einer Marktwirtschaft muss derjenige, der die Chance hat, auch das Risiko tragen.
- Der Wert des Geldes muss stabil sein, damit es als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel akzeptiert werden kann.
- Die Finanzwirtschaft des Staates muss geordnet sein, weil eine dauerhafte Defizitwirtschaft Währung und Staatswesen ruiniert.
- Außerdem muss für die Wirtschaftspolitik das Konstanzgebot gelten, d.h. sie muss Stetigkeit haben, damit unternehmerische Planung möglich ist.

Nach der Vorstellung der Freiburger Schule müssen alle Voraussetzungen in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden, um eine funktionsfähige und freiheitliche Wirtschaftsordnung zu gewährleisten. In der Zeit von Ludwig Erhard war dies der allgemein verbindliche Kompass für die Wirtschaftspolitik, auch wenn vieles in der Umsetzung unvollendet geblieben ist.

Ein solcher Kompass fehlt der heutigen Wirtschaftspolitik, die – ohne schlechtes Gewissen – immer wieder gegen fundamentale Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Ordnung verstößt.

Ohne Bedenken beeinflusst der Staat heute auf wichtigen Märkten, wie dem Energiemarkt, Angebot und Nachfrage sowie die Preisbildung. Auch die Wettbewerbsintensität der Wirtschaft hat aufgrund der Konzentrationsprozesse auf vielen Märkten, wie z.B. dem Einzelhandel, stark abgenommen. Die unternehmerische Freiheit wird auf allen Wertschöpfungsstufen durch immer mehr Vorschriften und Bürokratie eingeschränkt. Das Haftungsprinzip ist für sogenannte systemrelevante Unternehmen, insbesondere für Banken und Versicherungen, durch Staatsgarantien faktisch außer Kraft gesetzt.

Die Europäische Zentralbank, die den Geldwert schützen soll, hat durch Marktinterventionen zugunsten der Staatsfinanzen erheblich an Vertrauen eingebüßt. Durch jahrelanges Schuldenmachen haben sich die Staaten in die Abhängigkeit der Finanzmärkte begeben und gefährden dadurch nicht nur sich



selbst, sondern auch die europäische Einigung. Das Konstanzgebot spielt in der Politik praktisch keine Rolle mehr. Die Wirtschaftspolitik verzichtet weitgehend auf schlüssige Konzepte und interveniert je nach Situations- bzw. Stimmungslage.

#### IV.

Es ist höchste Zeit für Deutschland, dass sich die Union als liberal-konservative Partei an die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft erinnert und die von ihnen formulierten Grundprinzipien einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Wirtschaftsordnung wieder zur Grundlage ihrer Politik macht.

Die historische Leistung der Väter der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, dass sie in schwieriger Zeit an den Grundsätzen für eine freiheitliche und menschenwürdige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung festgehalten haben. Sie waren bereit, dafür Leib und Leben zu riskieren, und haben den ihnen als Wissenschaftlern möglichen aktiven Widerstand geleistet. Und nach dem Kriege gehörten sie zu denjenigen, die aktiv daran mitgearbeitet haben, dass aus der Trümmerwüste wieder ein blühendes Land wurde.

Jede Partei braucht eine Erfolgsgeschichte und Personen, die diese verkörpern und Vorbild für spätere Generationen sind. Mit der Sozialen Marktwirtschaft verfügt die Union über eine solche Geschichte, und sie hat auch die notwendigen Vorbilder. Sie müsste dies nur wissen und von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen.

Die aktuelle Politik leidet darunter, dass es ihr an überzeugenden Konzepten zur Lösung der aktuellen Krisen und zukünftigen Herausforderungen fehlt. Die Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft macht deutlich, dass die Lösung nicht in Staatsinterventionen und zentraler Planwirtschaft liegen kann. Mit der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse maßt der Staat sich ein Wissen an, das er nicht haben kann. Seine Aufgabe ist es vielmehr, sich auf die Gestaltung des Ordnungsrahmens zu beschränken und dabei die Grundsätze zu respektieren, die für eine Soziale Marktwirtschaft konstituierend sind. Hierzu gehören unter anderem Eigenverantwortung, Fairness und Haftung. Eine solche Politik benötigt Politiker mit Standfestigkeit und Durchsetzungsvermögen.

*Dr. Josef Schlarmann ist seit 2005 Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Von 2001 bis 2009 stand er zudem an der Spitze des MIT-Landesverbandes Niedersachsen und ist heute dessen Ehrenvorsitzender. Dr. Josef Schlarmann, Jurist und Volkswirt, ist Seniorpartner (of counsel) der Wirtschaftsprüfer-, Steuerberater- und Rechtsanwaltskanzlei „SCHLARMANNVONGEYSO“ in Hamburg mit ca. 140 Mitarbeitern. Er ist in verschiedenen Aufsichtsräten mittelständischer Unternehmen tätig. U.a. ist er Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Harburg-Buxtehude und Aufsichtsratsvorsitzender der Wachstumsinitiative Süderelbe AG.*